

GASTKOLUMNE

Absurd

AIA Kommen wir auf den Hund? Weshalb Kundendaten an Länder liefern, in denen Gewalt und Korruption grassieren?

Die Redewendung «auf den Hund kommen» soll auf Zeiten zurückgehen, als das Hab und Gut noch in Truhen aufbewahrt wurde. Wer seine Habseligkeiten veräussern musste, gelangte bald einmal am Boden der Truhe an. Dort war oft ein Hund aufgemalt oder geschnitzt – ein symbolischer Hund, der über den Inhalt wachte. Einen solchen Wachhund sollte es auch für die Regulierung im Finanzbereich geben. Seine Aufgabe wäre, für ein konsequentes Rechtsbewusstsein zu sorgen und über Prinzipientreue zu wachen, zum Beispiel beim automatischen Informationsaustausch (AIA).

Dass die grenzüberschreitende Steuerhinterziehung bekämpft werden soll, ist nicht zu beanstanden. Jedoch ist die geplante, undifferenzierte Ausweitung des AIA nicht das richtige Mittel. Informationen und Kunden werden an Länder ausgeliefert, die von Rechtsunsicherheit, Korruption und Kleptokraten geprägt sind.

Nennen wir Malaysia und Brasilien, wo im Zuge von Ermittlungen der Bundesanwaltschaft und ausländischer Behörden (IMDB bzw. Lava Jato) mindestens ein Teil eines Eisbergs ersichtlich ist. Mit diesen Untersuchungen aber wird nur an der Oberfläche gekratzt. Die Korruption besteht weiterhin.

Wie kann man ernsthaft Kundendaten liefern wollen etwa an Mexiko, wo die Angst vor Entführung und Erpressung an der Tagesordnung ist und wo Korruption flächendeckend wuchert, wo Polizisten unbehelligt Menschen «entsorgen» können, wie es ihnen passt? Mexiko versinkt in Gewalt und Korruption; es gibt Landesteile, in die sich kein vernünftiger Mensch freiwillig begibt. Und – Korruption bleibt meist ohne Folgen, auch wenn sie aufgedeckt wird. Schätzungen besagen, dass ein Durchschnittshaushalt in Mexiko

14% des Einkommens für Bestechungsgelder verwendet. Korruption kostet Mexiko jährlich rund 10% des Bruttosozialprodukts. In diesem Land gibt es 300 Ausdrücke für Korruption – schön separiert je nach Empfänger und Grund der Zahlung. Ein «hueso» beispielsweise ist Bestechungsgeld, das man bezahlt, um einen Job in der öffentlichen Verwaltung zu bekommen, der einem wiederum das Feld für Bestechung (diesmal auf der Empfängerseite) erschliesst.

Der Bund, vertreten durch das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), verweist auf die OECD, und der zuständige Bundesrat macht den Bückling vor der OECD und sagt, es gebe keinen Spielraum. Wie soll das genau gehen? Wer selbst dazu schweigt, welche unverhandelbaren rechtsstaatlichen Grundsätze er von den andern erwartet, der verkauft sich zu billig. Das betrifft auch das Verhältnis der Schweiz zu den USA: Sie wollen Daten von uns, liefern selbst aber keine. Sie erdrücken die Schweizer mit Bussen und bilden selbst ein obskures Beispiel, was Briefkastenfirmen und Geldwäscherei angeht.

Der Spagat zwischen Pragmatismus und Prinzipien ist kein einfacher. Aber die Schweiz handelt keineswegs integer, wenn sie sich ahnungslos oder gleichgültig gibt angesichts von Zuständen, die inakzeptabel sind.



BILD: ZVG

*Prof. Dr. iur.
Monika Roth,
Studienleiterin
am IFZ der
Hochschule
Luzern –
Wirtschaft,
Advokatin,
Kanzlei roth
schwarz roth*